



LANDKREIS WOLFENBÜTTEL

Geschäftszeichen II/60/600/Ma

Wolfenbüttel, den 08.12.2017

Protokoll

über die 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung

Sitzungstermin:	Montag, 04.12.2017
Sitzungsbeginn:	18:35 Uhr
Sitzungsende:	19:53 Uhr
Ort, Raum:	Landkreis Wolfenbüttel, Bahnhofstr. 11, 38300 Wolfenbüttel, großer Sitzungssaal

Teilnehmerinnen/Teilnehmer

Vorsitz

Löhr, Norbert

stellvertretende(r) Ausschussvorsitzende(r)

Bosse, Marcus

Ordentliche Mitglieder

Barnstorf-Brandes, Jürgen

Keye, Bernfried

Vertreter für Joachim

Eichenlaub

Ganzauer, Oliver

Glier, Andreas

Koch, Manfred

Münch, Janna

Nagel, Hilmar

Stoppok, Arnfred

Großer, Elke

Vertreterin für Alexander von

Veltheim

Grundmandat (nicht stimmberechtigtes Mitglied)

Fach, Thomas

Beratende Mitglieder

Brandt, Volker

Dalchow, Olaf

Grenz, Stephan

Neumann, Erica

Polzin, Bruno

ADFC

Von der Verwaltung

Schillmann, Claus-Jürgen	Dezernent II
Teletzki, Rolf	Amtsleiter Amt für Umwelt
Volkers, Sven	Amtsleiter Amt für Bauen und Planen
Wilhelm, Andree	Referat Steuerung und Öffentlichkeitsarbeit
Maier, Susanne	Schriftführerin

Es fehlen:

Eichenlaub, Joachim	
von Veltheim, Alexander	
Grabenhorst-Quidde, Sarah	
Schwetje, Gerhard	Kreislandwirt

Tagesordnung:

Öffentliche Sitzung:

1. Eröffnung der Sitzung
2. Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)
3. Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)
4. Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung (§§ 23, 5d GO)
5. Anfragen (§§ 23, 5e GO)
 - 5.1. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)
 - 5.2. Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)
6. Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das Haushaltsjahr 2018 (Die Vorlage wird mit der Einladung für den Jugendhilfeausschuss übersandt)
Vorlage: XVIII-0230/2017
7. Errichtung von Arbeitsorten (Co-Working Spaces) als infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensgründungen an den Standorten Wolfenbüttel (Exer) und Remlingen (Forum Asse)
Vorlage: XVIII-0237/2017
8. Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II; hier: Bericht der Verwaltung
9. Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)
10. Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Öffentliche Sitzung

TOP 1 Eröffnung der Sitzung

Vorsitzender Löhr eröffnet um 18:35 Uhr die 7. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung des XVIII. gewählten Kreistages und begrüßt die Anwesenden.

Er begrüßt insbesondere die Zuhörerinnen und Zuhörer und die Presse.

TOP 2 Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und Beschlussfähigkeit (§§ 23, 5b GO)

Vorsitzender Löhr stellt fest, dass die Einladung den Ausschussmitgliedern ordnungsgemäß zugegangen und der Ausschuss beschlussfähig ist.

TOP 3 Feststellung der Tagesordnung (§§ 23, 5c GO)

Vorsitzender Löhr fragt, ob Änderungen und/oder Ergänzungen der Tagesordnung beantragt werden. Änderungs- und Ergänzungswünsche liegen nicht vor.

TOP 4 Genehmigung des Protokolls über die 6. Sitzung des Ausschusses für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung (§§ 23, 5d GO)

Vorsitzender Löhr ruft den Tagesordnungspunkt zur Abstimmung auf. Die Niederschrift der 6. Sitzung dieses Ausschusses wird bei 3 Enthaltungen einstimmig genehmigt.

TOP 5 Anfragen (§§ 23, 5e GO)

TOP 5.1 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18 GO)

Vorsitzender Löhr eröffnet den Tagesordnungspunkt.

Da keine Anfragen gestellt werden, wird der Tagesordnungspunkt vom Vorsitzenden Löhr geschlossen.

TOP 5.2 Anfragen von Kreistagsmitgliedern/ Ausschussmitgliedern (§§ 23, 17 GO)

KAbg. Nagel fragt, warum seit Mitte des Jahres die von den Fraktionen benannten Mitglieder sowie die Hauptverwaltungsbeamten nicht mehr an den Sitzungen der a2b teilnehmen würden. Die Sitzungen würden weiterhin unter Beteiligung der AGO stattfinden. Es seien aufgrund dort

weitergegebener wichtiger Informationen Fragen an den Betreiber und an die Behörden erarbeitet worden.

Dezernent Schillmann verweist auf die Protokolle der letzten Sitzungen und gibt an, dass dieses Thema dort bereits ausführlich behandelt worden sei. Aus Sicht der HVB's gebe es keine neuen Erkenntnisse.

KAbg. Bosse erkundigt sich, ob die Untere Naturschutzbehörde Einfluss auf die von der Deutschen Bahn aufgrund der letzten Stürme freizuschneidenden Trassen nehmen könne bzw. müsse.

Dezernent Schillmann führt aus, dass die Deutsche Bahn die aus Sicherheitsgründen für den Bahnverkehr notwendigen Freischneidungen tätigen dürfe. Vorab setze sich diese jedoch mit der Unteren Naturschutzbehörde in Verbindung um zu klären, ob ggf. an den betreffenden Stellen Einwände gegen die Maßnahmen bestehen könnten.

Herr Grenz bittet um Information, warum der für die Sitzung des Ausschusses für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit vorgesehene Tagesordnungspunkt „Sachstandsbericht über die Umsetzung des Klimaschutzteilkonzeptes“ nicht auch in diesem Ausschuss behandelt werde.

Dezernent Schillmann antwortet, dass es sich hierbei um das Teilkonzept bezüglich der Gebäudewirtschaft handele, das aufgrund von Verwaltungsökonomie in dem Ausschuss des für die Gebäudewirtschaft zuständigen Dezernats behandelt werde. Sonstige Klimaschutzthemen würden weiterhin im Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung besprochen werden. Sollten zusätzliche Informationsbedarfe bezüglich des Klimaschutzteilkonzeptes bestehen, könne dieses Thema zukünftig auch in die Tagesordnung für diesen Ausschuss aufgenommen werden.

Aufgrund einer diesbezüglichen Nachfrage von KAbg. Keye wird vereinbart, dass zukünftig Informationen zu diesem Thema auch in diesem Ausschuss weitergegeben werden.

**TOP 6 Haushaltssatzung des Landkreises Wolfenbüttel für das
Haushaltsjahr 2018 (Die Vorlage wird mit der Einladung für den
Jugendhilfeausschuss übersandt)
Vorlage: XVIII-0230/2017**

Dezernent Schillmann erläutert die Ansätze für die Teilhaushalte 60 und 64.

Im Bereich des Teilhaushaltes Bauen und Planen habe der Anstieg des Ansatzes bei den öffentlich rechtlichen Entgelten mit den Windkraftanlagen zu tun. Sobald der Regionalverband seine Vorarbeiten beendet habe, werde mit Anträgen gerechnet.

Bezüglich der Personalaufwendungen führt er aus, dass eine zusätzliche Stelle für den Bereich Bauaufsicht im Stellenplan berücksichtigt sei. Aufgrund der bestehenden Rechtslage werde die Bearbeitung von Anträgen immer aufwendiger und komplizierter. Darüber hinaus steige die Bedeutung der Ablauforganisation. In diesem Zusammenhang habe es bereits Gespräche über mögliche Optimierungen zwischen den HVB's und der Kreishandwerkerschaft gegeben.

Der steigende Ansatz bei den Aufwendungen für Sach- und Dienstleistungen beziehe sich auf das Forum Asse, für das noch Rahmenbedingungen geschaffen werden müssten. Hierbei würde der Landkreis Wolfenbüttel die zuständigen Gemeinden unterstützen.

Bei den sonstigen Aufwendungen sollen verwaltungsintern das Programm ProbauG und das GIS aktualisiert werden, um die Systeme auf den neuesten Stand zu bringen. Hierdurch solle

insbesondere die Vernetzung mit anderen Behörden und auch die Bürgerfreundlichkeit verbessert werden. Der weitere Mehraufwand beziehe sich auf die Nahversorgungsplattform „Marktplätze“, für die es auf EU-Ebene eine Förderung gebe. Jedoch sei auch ein Eigenanteil des Landkreises Wolfenbüttel erforderlich.

Im Bereich Umwelt sei auf der Änderungsliste aufgrund des letzten Hochwassers geplant, für ein Hochwasserpegelinformationsnetz einen Betrag in Höhe von 30.000,00 € aufzunehmen. Organisatorisch würden sich Hochwasserpartnerschaften entwickeln, was auch im Koalitionsvertrag vorgesehen sei. Es solle zudem eine Bestandsaufnahme des letzten Hochwassers erfolgen und mit den Samtgemeinden und Gemeinden geklärt werden, welche Konsequenzen daraus gezogen werden müssten und welche Maßnahmen notwendig seien. Abschließend führt Dezernent Schillmann aus, dass bisher zu wenige Pegel abrufbar seien. Geplant sei, ein Pegelnetz mit einer umfangreichen Datenbasis aufzubauen. Die geschätzten Kosten würden sich nach seinen Angaben auf 92.000,00 € belaufen.

Aus diesem Grund bittet er bei den folgenden Beratungen einen weiteren Betrag in Höhe von 62.000,00 € in die Änderungsliste mit aufzunehmen.

Die Übersichtskarte ist als **Anlage 1** beigelegt.

Der steigende Ansatz bei den Zuwendungen und allgemeinen Umlagen sei auf Zuschüsse für Managementpläne zurückzuführen. Die FFH-Gebiete seien unter Schutz gestellt worden. Ergänzend würden entsprechende Managementpläne erarbeitet werden. Weiterhin sollen mit einer Stauanlage zur Wasserstandsregulierung am Weddeler Teich die Wasserstände gesichert werden. Abschließend gibt er an, dass auch im Bereich Umwelt das GIS auf den neuesten Stand gebracht werden solle.

Aufgrund einer Nachfrage bezüglich des Hochwasserpegelinformationsnetzes durch KAbg. Koch, erläutert Dezernent Schillmann, dass es zzt. unterschiedliche Pegel gebe bzw. dass neue Pegel eingerichtet werden sollen. Diese sollen vernetzt werden, damit eine optimale Nutzung möglich ist.

KAbg. Bosse merkt an, dass es Pegel gebe, die nicht digital ablesbar seien. Dezernent Schillmann erklärt, dass zukünftig alle Pegel mit Elektronik ausgestattet werden sollen.

In der sich anschließenden Diskussion wird klargestellt, dass mögliche Gelder seitens anderer Stellen mit in Anspruch genommen werden sollten, sofern diese zur Verfügung gestellt werden könnten. Im Vordergrund stehe aber, dass das Informationssystem vorangetrieben werde.

Im Nachgang zum Haushalt führt Dezernent Schillmann noch aus, dass in Bezug auf die Beteiligung am Artenschutzzentrum Leiferde ein steigender Ansatz von 4.500,00 € auf 5.000,00 € und bei der Unterstützung am Landschaftspflegeverband von 5.000,00 € auf 10.000,00 € mit berücksichtigt worden sei.

Vorsitzender Löhr schließt den Tagesordnungspunkt.

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung einstimmig nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage Nr.: XVIII-0230/2017 wird zur Beratung in die Fraktionen zurückverwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussfassung an den Kreistag abzugeben.

**TOP 7 Errichtung von Arbeitsorten (Co-Working Spaces) als infrastrukturelle Unterstützung von Unternehmensgründungen an den Standorten Wolfenbüttel (Exer) und Remlingen (Forum Asse)
Vorlage: XVIII-0237/2017**

Dezernent Schillmann führt zu dem Tagesordnungspunkt aus, dass die Mobilität ein zukunftsweisendes Thema sei und dass man bestrebt sei, diese Entwicklung in positiver Hinsicht zu nutzen. Angedacht sei dies im Bereich der Wirtschaftsförderung.

Zzt. seien keine Räume vorhanden, die kleine oder mittelständische Betriebe vorübergehend anmieten könnten. Daher sei in Zusammenarbeit mit der Hochschule Ostfalia, der Stadt Wolfenbüttel und der Samtgemeinde Elm-Asse geplant, Büroräume anzubieten. Im ersten Schritt sei vorgesehen, am Exer die Halle 27 umzubauen oder einen Neubau zu errichten. Später solle ein weiteres Objekt im Bereich des Forums Asse folgen.

Als Zielgruppe diene nicht nur der Bereich IT, sondern ebenfalls klassische Dienstleister. Der Standort solle gestärkt werden.

Die Finanzierung solle vornehmlich durch die Stiftung Zukunftsfonds Asse und durch EU-Mittel erfolgen. Jedoch sei auch ein Eigenanteil des Landkreises Wolfenbüttel und der Stadt Wolfenbüttel in Höhe von jeweils 100.000,00 € geplant.

Auf Nachfrage von Herrn Brandt, wie die restliche Finanzierung gesichert werden solle, erklärt Dezernent Schillmann, dass es sich hierbei um einen Vorratsbeschluss handele. Die geschätzten Gesamtkosten würden sich auf ca. 3 Mio € belaufen. Es sei noch nicht klar, ob 100.000,00 € seitens des Landkreises benötigt werden würden oder ob diese Gelder von anderen Stellen in Anspruch genommen werden könnten. Der Landkreis fungiere als Co-Finanzierer.

Dezernent Schillmann bestätigt die Annahme von KAbg. Nagel dass dieser Betrag noch zusätzlich in den Haushalt einzustellen wäre und dass der federführende Ausschuss der Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen, Personal und Sicherheit sei.

Herr Grenz gibt an, dass er die Beschäftigung mit dem Thema grundsätzlich positiv sehe, dass er aber nicht nachvollziehen könne, für was der Betrag verwendet werden solle. In diesem Zusammenhang gibt er zu bedenken, dass diverse Vorarbeiten zu tätigen seien.

Dezernent Schillmann antwortet, dass hier mit dem Um- bzw. Neubau zunächst die bauliche Voraussetzung als Vorleistung geschaffen werden solle. Mit der weiteren Organisation werde sich an anderer Stelle beschäftigt.

Auf weitere Nachfrage von KAbg. Ganzauer erklärt Dezernent Schillmann, dass bereits konkrete Pläne bestehen würden.

Da keine weiteren Fragen bestehen, schließt Vorsitzender Lühr den Tagesordnungspunkt

Ohne weitere Aussprache fasst der Ausschuss für Umwelt, Landwirtschaft, Bauen, Klimaschutz und Atommüllrückholung nachstehenden

Beschluss:

Die Vorlage Nr.: XVIII-0237/2017 wird zur Beratung in die Fraktionen verwiesen. Es wird dem Kreisausschuss überlassen, anschließend eine Beschlussempfehlung an den Kreistag abzugeben.

TOP 8 Rückholung des Atommülls aus der Schachanlage Asse II; hier: Bericht der Verwaltung

Dezernent Schillmann erläutert, dass zzt. bezüglich des Strukturvorschlages für die angepasste Weiterentwicklung und Fortsetzung der Asse 2 Begleitgruppe die Gremienberatungen in den Samtgemeinden Elm-Asse und Sickte sowie in der Stadt Wolfenbüttel laufen würden.

Es habe eine Informationsveranstaltung zur Umgebungsüberwachung stattgefunden, aus der sich einige Arbeitsaufträge ableiten würden. Insbesondere soll geprüft werden, wie ein Krebsregister in Zusammenarbeit mit den Landesbehörden erstellt bzw. fortgeführt werden könne. Weiterhin weise das Netz der Umgebungsüberwachung einige Unstimmigkeiten auf. Hier gebe es Klärungsbedarf. Unklar sei darüber hinaus, warum es keine Lebensmitteluntersuchungen mehr gebe, da dies bei allen Beteiligten eine hohe Akzeptanz genossen habe. Dies gelte es ebenfalls zu klären.

Er informiert weiterhin, dass es bezüglich der Rückholungsplanung eine Veranstaltung am 05.12.2017 gebe.

Abschließend teilte er mit, dass die Verträge mit der wissenschaftlichen Beteiligung nach dem 1. Quartal 2018 auslaufen und dass die Verhandlungen zur Vertragsverlängerung laufen würden.

TOP 9 Bericht der Landrätin über wichtige Angelegenheiten ggf. mit Aussprache (§ 85 Abs. 4 NKomVG, §§ 23, 5h GO)

Wichtige Angelegenheiten liegen nicht vor.

TOP 10 Einwohnerfragestunde (§§ 23, 18, 5i GO)

Bürgerin A bittet um Information, wann die Deponie Klein Biewende in die Hände des Landkreises Wolfenbüttel übergehen würde.

Dezernent Schillmann entgegnet, dass sich an den Eigentumsverhältnissen nichts ändern werde. Die Deponie bleibe im Eigentum der Fa. Schering.

Herr Teletzki ergänzt, dass die Zuständigkeit bezüglich der Sickerwässer beim Gewerbeaufsichtsamt liegen würde. Der Landkreis Wolfenbüttel sei höchstens zukünftig nach Wegfall der Zuständigkeit des Gewerbeaufsichtsamtes die zuständige Bodenschutzbehörde.

Bürger B fragt, warum das Thema Rückholung nicht explizit behandelt werde, obwohl dies auf der Tagesordnung stehe.

Dezernent Schillmann antwortet, dass dieser Tagesordnungspunkt immer auf der Tagesordnung enthalten sei, dass aber nur über Veränderungen seit der letzten Sitzung berichtet werden könne. Dies habe er getan.

Bürger B möchte darüber hinaus wissen, für was das Geld aus dem Zukunftsfonds Asse benutzt werde, da er den Eindruck habe, dass diese Maßnahmen größtenteils nichts mit der Asse zu tun hätten. Weiterhin erkundigt er sich, wie viele Firmen sich bereits aufgrund des geplanten Forums Asse für eine Ansiedlung interessiert hätten. Abschließend fragte er nach, warum nur 5 Abgeordnete bei der Veranstaltung bezüglich des Gesundheitsmonitorings gewesen seien.

Dezernent Schillmann erläutert, dass mit den von der Stiftung Zukunftsfonds Asse unterstützten Projekten Rahmenbedingungen für die Aufwertung des Bereiches Remlingen und insbesondere der Asse geschaffen werden sollen, damit das Gebiet Forum Asse zukunftsweisend entwickelt werden kann. Über die Gelder aus der Stiftung hinaus würden auch hausintern personelle Ressourcen und große Geldbeträge zur Verfügung gestellt werden.

Weiterhin erklärte er, dass sich bisher noch keine Firma gemeldet habe, weil man erst am Anfang des Projektes stehe. Da es noch nicht einmal eine Bauleitplanung gebe, sehe er auch noch keine Möglichkeit, auf was genau sich eine Firma bewerben solle. Eine Firma könne erst aktiv werden, wenn die Rahmenbedingungen stehen würden. Aus diesem Grund solle das Projekt vorangetrieben werden.

Abschließend gab Dezernent Schillmann noch an, dass mehr als 5 Abgeordnete an der betreffenden Veranstaltung teilgenommen hätten.

Bürgerin C gab an, dass der Ökologe Dr. Gellermann im Rahmen der Umgebungsüberwachung u. a. extrem hohe Uranwerte im Grundwasser festgestellt habe. Diese Unterlagen seien im Februar dem Landkreis zugeleitet und von diesem an das Nds. Ministerium für Umwelt, Energie, Bauen und Klimaschutz weitergeleitet worden. Nach nochmaliger Überprüfung habe das Bundesamt für Strahlenschutz die Werte korrigiert. Diese würden aber noch immer den Normalwert um das 8-fache übersteigen. Sie fragt, was der Landkreis bisher unternommen habe?

Dezernent Schillmann teilt mit, dass die entsprechenden Behörden eingeschaltet worden seien. Im Bereich des Strahlenschutzes liege die Zuständigkeit nicht beim Landkreis Wolfenbüttel. Sein Kenntnisstand sei, dass sich die Unstimmigkeiten aufgeklärt hätten, da Falschmessungen bei den errechneten Werten mit berücksichtigt worden seien. Sollten doch weiterhin Unstimmigkeiten bestehen, wird er sich beim Bundesamt für Strahlenschutz noch einmal bezüglich des Sachstandes erkundigen.

Bürger D fragt nach dem Grund, warum bei Bau der Sohlgleite in Hornburg der Hochwasserschutz nicht berücksichtigt werde.

Dezernent Schillmann stellt klar, dass der Hochwasserschutz bei der Planung mit berücksichtigt werde.

Da keine weiteren Fragen bestehen, schließt Vorsitzender Löhr um 19:53 Uhr mit Dank für die gute Zusammenarbeit die Sitzung.

Protokollführerin

Dezernent

gez.

Vorsitzender